

Caspar Weinberger gestellt werden sollten, die Abrüstungsverhandlungen eigentlich nicht wollen und das Tempo der Aufrüstung forcieren.

In letzter Minute ergänzten die Sozialdemokraten ihren Entschließungsantrag 10/152 durch den Absatz, der Bundestag müsse auf seinem Recht bestehen, erst nach „Abschluß der für die Zeit vom 15. September bis 15. November 1983 vorgesehenen Verhandlungsrunde in Genf das Verhandlungsergebnis“ zu prüfen und „über die daraus zu ziehenden Konsequenzen zu entscheiden“ – als ob das Parlament darauf noch Einfluß hätte.

„Nach unserer Auffassung“, meinte Egon Bahr, „darf die Stationierung nicht beginnen, solange die Verhandlungen laufen. Die politischen Daten sind schwierig genug. Sie dürfen nicht durch militärische Daten praktisch unterlaufen werden.“ Doch der Countdown läuft längst (SPIEGEL 21/1983). „Pershing 2“-Experten der US-Armee bereiten seit Wochen die Aufstellung der neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik vor. Spätestens Mitte November sollen die Arbeiten abgeschlossen und die ersten Waffenteile – Computer für die Raketen – an die 56. US Field Artillery Brigade in Süddeutschland ausgeliefert werden.

Die Sozialdemokraten vergessen gerne, daß sie und ihr Kanzler Helmut Schmidt an der Macht waren, als die Nato im Dezember 1979 nicht nur einen Verhandlungs-, sondern auch einen Stationierungs(-Doppel-)beschluß faßte, den die Militärs seitdem mit Wissen der Politiker generalstabsmäßig exakt in Zeitpläne umsetzen. Als Beginn der Stationierung verstanden die Strategen des Pentagons die Gefechtsbereitschaft. Dazu aber sind mehrmonatige Vorbereitungen, Vermessungs- und Betonarbeiten, Aufstellung von Hilfsgeräten und Personalausbildung erforderlich.

Der Verteidigungsminister konnte denn auch gelassen den sozialdemokratischen Warnungen, nichts zu überstürzen, mit dem auf Akten gestützten Hinweis begegnen, daß alles, „was die Amerikaner tun, mit Ihrer Regierung bis ins einzelne – im übrigen bis in die Einzelheiten der Stationierung hinein – abgesprochen“ sei.

In diesem Punkt, räumte der SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke später ein, habe die Regierung Kohl/Genscher tatsächlich Kontinuität gewahrt: Sie verwirklichte Schritt für Schritt, was sie als Erblast der Regierung Schmidt/Genscher vorgefunden habe – freilich ohne Rücksicht auf die späte Reue der Sozialdemokraten, die sich erst im November bei einem Sonderparteitag auf ein endgültiges Ja oder Nein zu den Raketen festlegen wollen.

Wörner will sogar noch mehr. Er hat die deutschen Vertreter in der Nato-Bürokratie angewiesen, Zahl und Notwendigkeit der in Westeuropa lagernden 6000 US-Atomsprenghäupte gründlich zu



203-mm-Haubitze: Atomgranaten zur Selbstabschreckung

prüfen. Wenn es nach Wörner geht, sollen die Verteidigungsminister der Allianz noch auf der Herbsttagung der Nuklearen Planungsgruppe demonstrativ eine einseitige Verringerung des Nato-Atomarsenals verkünden.

Militärisch sind diese Waffen, vor allem die 2000 Atomgranaten für die 155- und 203-mm-Kanonen, überflüssig. Sie dienen, da sie nicht einmal 30 Kilometer weit reichen und damit nur Ziele im innerdeutschen Grenzgebiet treffen könnten, eher der Selbstabschreckung, wie der Wehrexperte Wörner schon 1982 erkannt hatte.

Politisch aber wäre ein solcher Schritt, so hoffen Wörner und sein Vormann Helmut Kohl, während der schwierigen Stationierungsphase vorzüglich zur Entlastung geeignet. Der Verzicht der Nato auf die Modernisierung veralteter Kurzstreckenwaffen, so könnte die Koalition kundtun, sei ein Stück echter Abrüstung und beweise, daß es dem Westen nicht um Wetttrüben geht.

Noch ist freilich nicht sicher, ob Amerikaner und Engländer den deutschen Vorschlag unterstützen werden. Weinberger hat sich bisher nur auf die allgemeine Formel festlegen lassen, das Bündnis solle „im Bestand der Nato nicht mehr nukleare Waffen“ als für die Abschreckung notwendig behalten.

Wörners Abrüstungsidee wird von Militärs, aber auch von manchen Sozialdemokraten geteilt. Helmut Schmidt etwa ist jetzt der Meinung, die auf westeuropäischem Boden lagernden atomaren Kurzstreckenwaffen könnten „um die Hälfte“ (von 6000 auf 3000) gekürzt werden. Sie seien überflüssig und müßten nur unnütz bewacht werden.

Jenen Sozialdemokraten, die noch immer auf ein Wunder bei den Genfer

Verhandlungen hoffen, ist das nicht genug; sie wollen die weiteren Stationierungsvorbereitungen für die Pershing 2 wenigstens um einige Wochen verschieben. Die erste Pershing-2-Batterie soll erst im Januar oder Februar gefechtsbereit sein.

„Wer auch nur einen Teil eines Waffensystems vor einer Entscheidung des Bundestages in die Bundesrepublik bringen läßt“, warnte Horst Ehmke, „muß sich dann nicht wundern, was im Herbst in diesem Land passiert.“

CDU

Egal wie

Pazifismus habe „Auschwitz erst möglich gemacht“ – Grobgerasteres von Heiner Geißler. Keiner kann so hart holzen wie der CDU-Minister.

„Wenn ich Euch also recht verstehe, dann macht Ihr etwas und wißt, warum Ihr es macht; aber Ihr wißt nicht, warum Ihr wißt, daß Ihr wißt, was Ihr macht?“

Umberto Eco, „Der Name der Rose“

Es sei „sicher richtig“, sagte der grüne Bundesabgeordnete Joschka Fischer in einem letzte Woche veröffentlichten SPIEGEL-Gespräch (24/1983), „die Einmaligkeit des Verbrechens, das die Nationalsozialisten am jüdischen Volk begangen haben, nicht mit schnellen Analogieschlüssen zu überdecken“.

Aber, so fuhr Fischer fort, „ich finde doch moralisch erschreckend, daß es offensichtlich in der Systemlogik der Moderne, auch nach Auschwitz, noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtung vorzubereiten – diesmal nicht entlang der

Rassenideologie, sondern entlang des Ost-West-Konflikts“.

Das erschreckte den SPIEGEL-Leser Heiner Geißler. Fischers Aussage, sagte der CDU-Generalsekretär und Minister für Jugend, Familie und Gesundheit am vergangenen Mittwoch in der Sicherheitsdebatte des Bundestages, sei „eine ganz unglaubliche Verbiegung der Begriffe und der Werte“.

Doch statt dem Grünen darzulegen, warum er zwischen Auschwitz und einer Politik der atomaren Abschreckung keine Verbindung sieht, griff der christdemokratische Exeget selbst zur falschen Analogie, bog sich Begriffe und Werte zurecht.

Geißler: „Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.“

Da brach im Hohen Haus ein Proteststurm los: „Unverschämtheit“, „Geschichtsklitterung“, „Raketenchrist“. Das Protokoll verzeichnet „anhaltende Unruhe“.

Empört wollte der SPD-Abgeordnete Ernst Waltemathe wissen, ob Geißler etwa „meinen Verwandten, einschließlich Großvater, die in Auschwitz vergast worden sind und Pazifisten waren“, vorwerfe, „daß sie selbst daran schuld sind, daß sie in Auschwitz umgebracht wurden“.

„Ossietzky ist im KZ gestorben“, rief der Grüne Otto Schily, „und Sie wagen es, so etwas zu sagen!“

Den Tränen nah fragte die FDP-Abgeordnete Hildegard Hamm-Brücher, was „denn der Pazifismus mit dem Judenhaß in Deutschland zu tun“ habe. Und eindringlich bat sie den Christdemokraten: „Überlegen Sie das noch einmal, weil ich es für unerträglich halte.“

Doch einmal Gesagtes zurückzunehmen, sich gar für Dummes zu entschuldigen, ist Heiner Geißlers Sache nicht. Allenfalls versucht er in bisweilen rabulistischer Argumentation Behauptungen abzumildern – um danach zur ursprünglichen Aussage zurückzukehren.

So wurde Geißler 1980 vor die Wahlkampf-Schiedskommission zitiert, weil er den damaligen Kanzler Helmut Schmidt einen „politischen Rentenbetrüger“ genannt hatte. Nachdem der CDU-

General versichert hatte, er habe das keinesfalls „im strafrechtlichen Sinne“ gemeint – wie hätte das gehen sollen? –, sprach ihn die Schiedsstelle von dem Vorwurf frei, gegen das Fairneß-Abkommen verstoßen zu haben. Wenige Stunden später verlautbarte Geißler, er sehe sich bestätigt, daß der Sachverhalt des Rentenbetrugs nur gerichtlich geklärt werden könne.

Ähnlich verfuhr er im Wahlkampf dieses Jahres. Als die SPD-Kampagne gegen die Mietgesetzgebung der Kohl-Koalition gefährlich zu werden drohte, schlug Geißler mit großem Hammer zurück. Er bezichtigte die Sozis der „Mietenlüge“ und setzte, Bertolt Brecht zitierend, noch eines drauf: „Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie



Christdemokrat Geißler: „Verbiegung der Begriffe“

eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“ Und: Die „anständigen“ Deutschen müßten sich von dieser Politik distanzieren.

Wiederum nahm er seinen Vorwurf nur scheinbar zurück: „Wer wie die SPD zum drittenmal vor einer Wahl die Unwahrheit sagt, ist natürlich nicht kriminell, begeht aber sozusagen ein politisches Verbrechen an dem Wähler.“

In der öffentlichen Debatte um Verbrecher und anständige Deutsche sah Geißler persönlich nicht gut aus; aber das hatte er nach eigenem Bekunden einkalkuliert. Er war's zufrieden, die Union wieder in die Offensive gebracht zu haben.

Dieser Mann, der als Sozialausschüssler eher zur CDU-Linken gehört und der privat verschmitzt-joyal wirken kann, versteht sich aufs Holzen wie sonst nur wenige in der Republik. Er handelt – und spricht – nach der Maxime, in der

Politik komme es darauf an, „Begriffe zu besetzen“, egal wie.

Insinuationen gehören bei Heiner Geißler zum Handwerk. So versuchte er 1977, führende Sozialdemokraten und Intellektuelle in einer Dokumentation mit Hilfe alter Zitate als Verharmloser oder gar Sympathisanten des Terrorismus abzustempeln. Kritik an der Methode quittierte er mit ungläubigem Stauen: „Keines der Zitate ist ja falsch.“

1980 präsentierte der Parteimanager die Ausstellung „Politische Graphik gegen die Menschenwürde“, in der antijüdische Zeichnungen aus dem NS-Hetzblatt „Der Stürmer“ mit Anti-Strauß-Karikaturen verglichen wurden. Geißler, dem es angeblich nur um „Übereinstimmungen im Stil“ ging, mußte sich sogar von der CDU-freundlichen „FAZ“ bescheinigen lassen, er habe „Ebenen durcheinandergebracht“.

Wie der Jesuiten-Schüler seine Unterstellungen losbringt, bewies zuletzt eine TV-Diskussion vor dem 6. März. Als Grünen-Geschäftsführer Lukas Beckmann seine Amtskollegen von den etablierten Parteien immer wieder nach der Flick-Spendenaffäre fragte, konterte Geißler: „Im übrigen ist es mir lieber, ich bekomme von einer deutschen Firma eine Spende als von der DDR, um dies mal hier klar zu sagen.“

Nun hat er, im Bundestag, mal wieder etwas ganz klar gesagt, „eine geschichtliche Wahrheit“, wie er meint – und schon reichen die Reaktionen bis zur Forderung nach seinem Rücktritt.

Natürlich suchte der Minister seine Behauptung zu relativieren, indem er von der „damaligen Schwäche der freiheitlichen Demokratien“ gegenüber der Hitler-Diktatur sprach. Aber damit wird Geißlers These nicht richtiger: Die Friedenshoffnungen in Europa mögen, mag sein, Hitlers Expansionsstreben bestärkt haben – mit Auschwitz hatten weder deutsche Friedensfreunde noch Englands Chamberlain noch Frankreichs Daladier das Geringste zu tun.

SPD-Fraktionsvize Horst Ehmke sprach, wie es war: „Der Pazifismus hat Auschwitz nicht möglich gemacht, er ist in Auschwitz umgekommen.“

STAHLINDUSTRIE

Nur Mißerfolge

Wirtschaftsminister Lambsdorff verheddert sich zusehends mit seiner Stahlpolitik.

Im Kabinett machte Otto Graf Lambsdorff die Schuldigen schnell dingfest. Ohne Scheu bezichtigte der Wirtschaftsminister die Manager der deutschen Stahlindustrie, ihre Branche nicht zuletzt durch eigene „groteske Fehler“ ins Elend geführt zu haben.

Der gewohnt routinierte Vortrag des Ressortchefs provozierte in der christli-